



Reform Organspende: komba gewerkschaft sieht Möglichkeiten, dass Kommunalverwaltungen bei entsprechender Personalausstattung dabei ihren Beitrag leisten

Köln, 01. Juli 2011. Eine Reform der Organspende-Regelungen wird grundsätzlich von der komba gewerkschaft, Kommunalgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion, begrüßt. Dabei ist eine Überarbeitung vor allem der Möglichkeiten, sich über eine Organspende zu informieren und zu entscheiden, notwendig. Viele Bürgerinnen und Bürger sind zu einer Organspende bereit, doch nur wenige von ihnen besitzen mangels objektiver Beratung einen Organspendeausweis. Nach Vorgaben der EU muss bis Mitte 2012 ohnehin ein neues Transplantationsgesetz verabschiedet werden. Die Debatten um das „Wie“ laufen derzeit auf Hochtouren.

Grundsätzlich könnten, so Silberbach, die Beratung und darauf folgende Einverständniserklärungen zur Organspende bei den Dienststellen der Städte, Gemeinden und Kreisen erhalten sowie abgegeben werden. „Ich bin sicher, dass dabei der kommunale Dienst diese neue Aufgabe auch mit großer persönlicher Überzeugung erledigen würde“, erklärte am Freitag der Bundes- und Landesvorsitzende der komba gewerkschaft, Ulrich Silberbach am Rande der Landesvorstandssitzung komba nrw in Köln.

Silberbach ist überzeugt, dass die kommunalen Beschäftigten ihren Beitrag leisten werden, wenn es darum geht, die große Warteliste schwerstkranker Menschen auf ein Spenderorgan zu verkürzen. „Die Beschäftigten sind Garanten für eine bürgerorientierte Dienstleistung und werden dabei nicht von wirtschaftlichen Interessen geleitet“, unterstreicht der Vorsitzende der komba gewerkschaft.

Die Überlegungen um die Anlaufstelle, bei der die Bürgerinnen und Bürger ihre Spendenbereitschaft erklären könnten, so Silberbach, zeigt, dass der kommunale Dienst nach wie vor offen ist für Zukunftsaufgaben. Die Konsequenz daraus sei aber auch, bei den personellen Reformen im kommunalen Dienst mit Augenmaß vorzugehen: „Das bedeutet, dass für alle neuen Aufgabenbereiche grundsätzlich eine angemessene Personalausstattung in den Verwaltungsdienststellen gewährleistet sein muss. In zu vielen Kommunen wird aus Haushaltsgründen Personal abgebaut, ohne, dass sich die Fülle der Anforderungen ändert. Dieser Mechanismus muss gestoppt werden“, fordert Silberbach.

(292 Zeichen mit Überschrift und Leerzeichen)

Über die komba gewerkschaft:

Die komba gewerkschaft ist die einzige deutsche Fachgewerkschaft für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen, ihre privatisierten Dienstleistungsunternehmen und der vereinzelt im Landesdienst Tätigen. Dabei vertritt sie die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und ideellen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Politik und Arbeitgeber. Die Gewerkschaft ist demokratisch, parteipolitisch unabhängig und dezentral organisiert in 16 Landesgewerkschaften, darin in Orts- und Kreisverbände sowie Partnern.

Die komba gewerkschaft setzt sich bundesweit für über 74.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten ein, wenn es unter anderem um Themen wie Tarif- und Besoldungspolitik geht. Allein in Nordrhein-Westfalen sind 40.000 Beschäftigte Mitglied der komba gewerkschaft nrw. Die Interessenvertretung ist unterteilt in die fünf Fachbereiche Gesundheit, Sozial- und Erziehungsdienst, Feuerwehr, Ver- und Entsorgung, Nahverkehr und zusätzlich in Kommissionen, Arbeitskreise sowie Projektgruppen.

Die komba gewerkschaft ist die größte Einzel-Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Insgesamt bilden damit über 1.250.000 Mitglieder eine starke Solidargemeinschaft.